K4-524: GRÜN WÄHLEN UND BAYERN LEBEN

Antragsteller*innen LAG Säkulare Grüne (dort beschlossen am: 21.04.2023)

Von Zeile 524 bis 525 einfügen:

*Religiöse und weltanschauliche Vielfalt bei gleichzeitigem gesellschaftlichen Zusammenhalt ist ein sichtbares Zeichen für Toleranz in Bayern. Wir wollen erreichen, dass Schüler*innen nicht wie im Religionsunterricht nach Konfessionen getrennt unterrichtet werden, sondern zunehmend in einen gemeinsamen Dialog über Glaubens- und Wertefragen treten. Eine gleichberechtigte Teilhabe der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie konfessionsfreier Menschen am gesellschaftlichen Leben fördern wir in allen Bereichen. Als Voraussetzung hierfür erwarten wir ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz. Das Recht und die Freiheit, eine Religion zu haben oder nicht zu haben und auszuüben, ist für uns nicht verhandelbar. Religions- und weltanschauungsbezogener Diskriminierung von Menschen in unserer Gesellschaft stellen wir uns konsequent entgegen.*

Begründung

Wir sollten hervorheben, was für den gesellschaftlichen Zusammenhalt erforderlich ist: Toleranz gegenüber Andersglaubenden und Andersdenkenden. Deshalb sollten wir uns nicht dafür einsetzen, die religiöse und weltanschauliche Vielfalt in Bayern sichtbar zu machen, sondern das hervorzuheben, was trotz aller Unterschiede allen Menschen gemeinsam ist. Denn nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ein verbindliches Fach Ethik und Religionskunde ist ideal für einen gemeinsamen Dialog der Schüler*innen über Glaubens- und Wertefragen. Siehe Antrag bei „Schule und Demokratie“.

Wir sollten die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht davon abhängig machen, ob sich jemand zu einer Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft bekennt. Auch die große und demnächst größte Gruppe der Menschen, die sich als konfessionsfrei bezeichnen und sich definitionsgemäß nicht organisieren wollen, sind Teil der Gesellschaft mit allen Rechten und Pflichten.

Die Hervorhebung einzelner Religionsgemeinschaften kann auch zu deren Stigmatisierung führen. Deshalb sollten wir uns bei einer grundsätzlichen Bekundung gegen jegliche Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Religion oder

Weltanschauung wenden und dabei nicht einzelne beispielhaft anführen. Das würde nur dann Sinn machen, wenn Zweifel an der Grundhaltung der Grünen bestehen.

Unterstützer*innen

Gottfried von Aulock (KV München), Dennis Lassiter (KV Aschaffenburg-Stadt), Anna Weyand (KV München), Christof Mock (KV Würzburg-Stadt), Andrea Hecking (BV KPV Bayern), Wiebke Richter (KV Regensburg-Stadt), Harald Suski (KV Ebersberg), Elke Leo (KV Nürnberg-Stadt), David Distel (LV Grüne Jugend Bayern)